



**Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2010**

Antrags-Nr. 09-F-25-0110

**Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 -**

Um dem Anspruch auf mehr Qualität in der Kinderbetreuung, einer verstärkten Bildungsorientierung sowie den veränderten Arbeitsbedingungen in den Betreuungseinrichtungen Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung zum 1. September 2009 verbesserte Standards festgelegt. Diese sehen kleinere Gruppen und mehr Personal vor, das sich um die Kinder kümmert. Dabei gilt eine Übergangszeit bis Herbst 2012. Gleichzeitig hat die Landesregierung zugesagt, Kommunen und freien Trägern die dadurch entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Die Konkretisierung dieses Erstattungsverfahrens steht noch aus.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Auswirkungen der neugefassten Mindestverordnung des Landes auf die Wiesbadener Kindertageseinrichtungen darzustellen, insbesondere hinsichtlich
  - + der Anzahl zusätzlich einzurichtender Gruppen (differenziert nach Betreuungsform sowie städtischer bzw. nicht-städtischer Trägerschaft)
  - + des zusätzlichen Fachkräftebedarfs
  - + der damit verbundenen Mehraufwendungen
2. über die bisher erfolgten Schritte zur Umsetzung zu berichten, speziell im Hinblick auf die Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals.
3. bei der Landesregierung mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu dringen. Dazu ist das Erstattungsverfahren für die Mehraufwendungen aufgrund der neuen Mindestverordnung umgehend festzulegen. Die Erstattung beginnt mit dem Zeitpunkt, sobald die jeweilige Kommune die neuen Standards erfüllt.

---

**Beschluss Nr. 0077**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 betr.

Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung  
der Kita-Mindestverordnung einhalten!

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des  
Ausschusses für Soziales  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister